

## Inhalt

**Juni 2007**

Vorwort	2
Termine	3
Protokoll der letzten Mitgliederversammlung	4
Lauf für Kinderrechte	5
Klimaschutz für alle, Schwule in Polen	6
<b>Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion:</b>	
• Neue Initiativen, Sonnenhilfe e.V., Groh-Wohlfahrt-Deal	7
• Ergebnis der Haushaltsberatungen	8
• Kombilösung verhindert Verbesserungen, Altlasten in Kleingärten	9
• Neonazis in Karlsruhe	10
<b>Aus der Landtagsfraktion:</b>	
• Paradigmenwechsel bei Schulstruktur	11
• Oettingers Rede, Waldmaikäfer, Rückhalteraum Rappenhört	12
• Neue Anträge und Anfragen, Pressemitteilungen, Termine	13
<b>Aus der Bundestagsfraktion:</b>	
• Biokunststoffe, Tornadoeinsatz	14
• Kritik an EnBW-Chef, Atomlobbyismus schadet auch dem Klima	15
Kontakte	16

Liebe Freundinnen und Freunde,

auf der letzten Kreismitgliederversammlung berichtete Harry Block über das Vorhaben von EnBW und StoraEnso, Kohlekraftwerke am Rheinhafen zu errichten. Mich macht es wütend, dass ein Kohlekraftwerk am Rheinhafen gebaut werden soll. Außer Profitmaximierung gibt es keinen Grund dafür. Deutschland produziert schon jetzt zu viel Strom und CO<sub>2</sub>. Man könnte stattdessen ein Gaskraftwerk bauen, wenn es denn schon sein müsste. Aber Kohle wird stärker subventioniert.

Zu meinen Zeiten als Juso hieß es, dass die Schlüsselindustrie verstaatlicht werden solle. Kann man es aber EnBW zum Vorwurf machen, wenn sie die Gesetze ausnützt? Ich meine, hier versagt in erster Linie der Staat bzw. die Regierung. Umweltpolitik ist gut für Sonntagsreden, aber weder SPD noch CDU haben Interesse und Mut an einem echten Gegensteuern. Insofern fände ich es eine Überlegung wert, ob Energiekonzerne nicht öko-effizienter arbeiten würden, wenn sie in kleinere Einheiten aufgespalten wären. Monopole waren noch nie gut. Sie zementieren nur ineffiziente vorhandene Strukturen.

Hier nochmal vielen Dank an Harry Block für den spannenden Vortrag. Unsere Fraktion war die einzige, die im Gemeinderat gegen das Kohlekraftwerk votierte. Auch haben wir auf der Mitgliederversammlung eine entsprechende Resolution verfasst. Das Thema ist noch nicht abgeschlossen. Wir bleiben dran und werden der EnBW den Bau so schwer als möglich machen.

Wenn ihr diesen Rundbrief lest, dann war schon die Jahrestagung der Kernenergietechnik. Ich hoffe doch, unsere Gegenveranstaltung war erfolgreich und Ihr habt alle – wenn nicht schon geschehen – den Energieversorger gewechselt. Trotzdem: Wenn wir auch noch so ökologisch im privaten handeln, ist es vergebene Mühen, wenn staatliches Handeln die private Wirtschaft nicht in deutliche Schranken weist.

Die Gegenveranstaltung war nicht nur von uns Grünen, sie wurde mitorganisiert von BUND, Greenpeace und NABU. Dies ist ein Schritt von uns zurück zu den Wurzeln: Wir Grüne sind nicht nur Partei, sondern Teil einer Bewegung. Erfolgreiche Politik kann nicht nur in

Parlamenten gemacht werden, es braucht den Druck vieler gesellschaftlicher Gruppen und ein gemeinsames Vernetzen.



Als Schritt zurück zu den pazifistischen Wurzeln empfand ich auch den Beschluss zu Afghanistan auf der vorletzten Mitgliederversammlung, die den Tornadoeinsatz ablehnt und eine außerordentliche BDK vor der Verlängerung des ISAF Mandats fordert. Bis jetzt haben noch nicht genug Kreisverbände die Forderung nach einer außerordentlichen BDK unterzeichnet, aber es könnte noch klappen. Die Diskussion wird für uns zumindest auf der Juli-MV weitergehen, auf der Alexander Bonde, der Sprecher der Baden-Württembergischen Landesgruppe im Bundestag und Mitglied im Verteidigungsausschuss, über die Entwicklung in Afghanistan und friedenspolitische Notwendigkeiten informieren wird. Frieden wird nicht durch Waffen gewonnen, wohl aber dadurch, dass die Menschen Zukunftsperspektiven erhalten.

Wir stehen kurz vor dem G8-Gipfel. Wenn man die Presse verfolgt, so ist nichts Gutes zu erwarten: Die Klimakatastrophe droht und den USA fällt nichts Besseres ein, als die zaghaften kleinen Schritte der G8 zu unterminieren und sich gegen eh schon verwässerte Maßnahmenpakete zu wehren. Auch ist zu vermuten, dass die Bekämpfung der Armut für Absichtserklärungen gut ist, aber nur wenig tatsächlich passiert. Viel passiert dagegen in der Abschaffung der Demonstrationsfreiheit im Umfeld von Heiligendamm und in der Kriminalisierung von GegnerInnen. Die Demos dürfen nur da stattfinden, wo die GipfelteilnehmerInnen nichts mitbekommen.

Noch in eigener Sache: Wir hoffen, die Geschäftsstelle zügig wieder besetzen zu können und werden Euch hoffentlich im nächsten Rundbrief die/den GeschäftsführerIn vorstellen können. Bis dahin bitten wir Euch um Nachsicht, wenn manches nicht so wie gewohnt funktioniert.

Euer

Michael

## Treffen des AK Klima

am 06.06. um 20:15 h im Grünen Büro

## Treffen des AK Fauern

am 13.6., 19:00h vor der Mitgliederversammlung im Viktoriagarten

Bericht / Austausch über akt. frauenpolitische Themen / Aktionen auf Landes- und regionaler Ebene  
Ansprechpartner: Doro Polle-Holl, 0721 574148 oder Ulrike Maier, 0170 27 64 68 0

**Mitgliederversammlung** jeden 2. Mittwoch im Monat um 20:00 im „Viktoriagarten“, Viktoriastr. 7

## Die Juni - MV ist am Mi., 13.06. um 20 Uhr

### Tagesordnung:

- \* Nachwahl Frauenplatz im Kreisvorstand
- \* Wahl von 3 Delegierten zum Landesausschuss am 30.6.
- \* Wechsel in der Geschäftsführung
- \* Vorstellung BUGA-Planungen und Diskussion des Konzepts (Anne Segor und Bettina Lisbach)
- \* allgemeine politische Debatte

LAG Frauenpolitik: **Evaluation des Prostitutionsgesetzes** auf Basis der aktuellen Studie des Bundesfamilienministeriums mit MdB Irmgard Schewe-Gerick, Siegfried Stumpf (Polizeipräsident Stuttgart), Alfred Hohmann (Leiter Fachdienststelle Prostitution Stuttgart), MdL Brigitte Lösch, Moderation: Ulrike Maier (Sprecherin LAG Frauenpolitik)

Am Sa. 23.6. 14:00h - 17:00h im Landtag, Stuttgart, Friedrich-Ebert-Saal

Anmeldungen unter 0170 27 64 68 0 (Ulrike Maier) oder 0711-99 35 90 (Landesgeschäftsstelle)

JUBEZ, amnesty international, Friedensbündnis Karlsruhe und attac veranstalten

## USA - Hüter der Menschenrechte?

Sumit Bhattacharyya, USA-Experte der deutschen ai-Sektion, berichtet über die aktuelle Situation in Guantanamo und die Situation der Menschenrechte in den USA.

**Dienstag, 26.06.2007, 20:00 Uhr im JUBEZ, Am Kronenplatz 1**

Bürger für Frieden Karlsruhe und weitere FriedensaktivistInnen laden ein zur

## Veranstaltung Friedenspolitik

mit Sylvia Kotting Uhl, Monika Knoche (angefragt)

am 28.06. in Karlsruhe. Details über Veranstaltungsort und Uhrzeit werden demnächst auf der KV-Homepage bekanntgegeben oder können im Abgeordnetenbüro von Sylvia Kotting-Uhl unter 15 18 687 erfragt werden.

## Die Juli - MV ist am Mittwoch, 11.07. um 20 Uhr

### Tagesordnung unter anderem:

- \* Alexander Bonde, MdB zum Tornado-Einsatz in Afghanistan
- \* allgemeine politische Debatte

# Protokoll der Mitgliederversammlung vom 09.05.2007

Leitung: Sabine Just-Höpfinger

Protokoll: Michael Gast

Ort: Viktoriagarten

Mehr oder weniger einziger Punkt der MV war die lokale und überregionale Energiepolitik. Harry Block und im Anschluss Andreas Ruthardt und Klaus Stapf informierten über das geplante Kohlekraftwerk der EnBW und die ebenfalls geplante Verbrennungsanlage von Stora Enso.

Harry gab zuerst einen Überblick über Atomenergie und Versorgungssicherheit. Die Atomenergie trägt weltweit nur etwa 3% zur Energieversorgung bei, allerdings mit Spitzenwerten von bis zu 76% in Frankreich für den Strom. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass Atomkraftwerke ein Ersatz für Öl und Kohle sein können, noch dass sie die Versorgungssicherheit gewährleisten könnten. Gerade im immer heißer werdenden Klima ist die Gefahr groß, dass sie im Sommer abgeschaltet werden müssen, weil sie die Flüsse durch Kühlwasser übermäßig aufheizen oder die Flüsse zu wenig Wasser führen. Das Übertragen von Restenergiemengen von neuen auf alte Kraftwerke sei genauso sinnlos und gefährlich, wie beim TÜV anzugeben, sein altes Auto noch weiter benutzen zu wollen und dafür das neue dann schon früher verschrotten zu wollen. Insofern erinnerte an den Störfall in Forsmark

(Schweden) letztes Jahr und die Zwischenfälle, die regelmäßig in Baden-Württemberg auftreten. Fatalerweise werden Sicherheitsstandards reduziert (weniger Mannschaft in der Warte, Verzicht auf Sprödigkeitstest). Jedes AKW bringt durch Rückstellungen und Stromverkauf jedes Jahr mehrere hundert Millionen € Gewinn. Da sich aber AKWs in

Deutschland im Augenblick politisch nicht durchsetzen lassen, planen die Konzerne AKWs im Ausland (z.B. Eon in Finnland, EnBW in Frankreich).

Der neue 800 MW Kraftwerksblock der EnBW hat einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 6 bis 8 Mio. Tonnen pro Jahr - dies entspricht fast einer Verdoppelung aller bisherigen CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Karlsruhe. Die Filterstäube müssten z. B. endgelagert werden, weil sie Uran enthalten, aber auch weitere große Mengen an hochgiftigen und aggressiven Substanzen wie Quecksilber, Dioxine und Ammoniak sowie Feinstaub im Kilo- und Tonnenbereich.

Im Gegensatz dazu sei die Belastung der Luft durch Erdgaskraftwerke verschwindend gering. Da auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Verbrennung von Gas im Vergleich zur Kohle nur etwa 50% betragen, stellt sich die Frage, warum dann nicht zumindest ein Gaskraftwerk gebaut wird. Vermutlich deswegen, weil Kohlekraftwerke im Bau und Betrieb sowohl billiger als Gaskraftwerke sind, als auch durch mehr Gratiszertifikate im Emissionshandel staatlich subventioniert werden.

Unverständlich ist auch der Antrag von Stora Enso für ihr Papierwerk, von Gas auf Kohle umzusteigen. Kohle soll allerdings nur zeitweilig mit verwendet werden. Hauptsächlich soll Müll verbrannt werden (z.B. Rinde, giftige Schlämme, die bei der Papierherstellung anfallen, Kunststoff von Hochglanzprospekten). Die zusätzliche Wärmeenergie, die Stora Enso benötigt, könnte auch über die

EnBW Kraftwerke oder die MIRO bezogen werden. Dies sei Stora Enso aber zu teuer gewesen. Zudem ist es eine günstige Methode Schlämme zu entsorgen. Die Papierfabrik Palm auf der anderen Rheinseite betreibt deren Anlage mit Gas und reinigt die Schlämme. Es scheint also ökonomisch machbar.

In der Diskussion wurde auch angemerkt, dass das Arbeitsplatzargu-

**30 Jahre Neckarwestheim ... sind genug!**

**BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Wer Neckarwestheim nicht abschalten will, handelt verantwortungslos und bricht den Atomvertrag.

Zeigen Sie den AKW-Betreibern die rote Karte und steigen Sie um:

[www.atomausstieg.selber-machen.de](http://www.atomausstieg.selber-machen.de)

[www.atomausstieg SELBER MACHEN.de](http://www.atomausstieg.selber-machen.de)

[www.enbw.gruene-bw.de](http://www.enbw.gruene-bw.de)

Das ist Knut. Er lebt, weil Menschen für ihn sorgen.

Das ist Knuts Tante. Sie ertrinkt, weil Menschen dafür sorgen, dass ihr das Eis unter den Füßen wegschmilzt.

**Klimaschutz. Und was tust Du?**

**BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Initiative & Gestaltung - Grüne Hessen

ment von Stora Enso nicht zählt, da sie wegen fehlender Altpapiermengen nicht nach Osteuropa und andere Billiglohnländer abwandern können.

Im Gemeinderat waren alle Fraktionen, außer die Grünen, für das neue Kohlekraftwerk. Die Fraktion (Andreas und Klaus) stellten eine Resolution vor, die die Pläne von Stora Enso und EnBW verurteilt. Die Resolution wurde mit geringfügigen Änderungen einstimmig per Akklamation angenommen.

Es wurde besprochen diese in einer Pressemitteilung gemeinsam mit der Fraktion zu veröffentlichen.

Die Sitzung endete mit der Einladung zur Stromwechsellparty und der Gegenveranstaltung zur Jahrestagung der Kernenergietechnik am 22. Mai.

### Die Resolution im Wortlaut

*Der Grüne Kreisverband Karlsruhe-Stadt spricht sich gegen die geplanten Großkraftwerke von EnBW und Stora Enso im Rheinhafen aus. Beide Kraftwerke würden in enormem Umfang CO2 emittieren und damit zu einer Verschärfung des globalen Klimawandels beitragen. Außerdem würde die ohnehin schon stark verunreinigte Karlsruher Luft durch zusätzlichen Feinstaub, Schwermetalle und andere Schadstoffe noch weiter*

*belastet. Gesundheitliche Schäden für die Karlsruher Bevölkerung würden dabei mutwillig in Kauf genommen.*

*In Deutschland sind derzeit 26 neue Kohle-großkraftwerke geplant, eines davon durch die EnBW am Standort Karlsruhe. Die Karlsruher Grünen sehen hierin eine Fehlentwicklung. Sie fordern den Gemeinderat auf, dieses Kraftwerk durch Ablehnung des hierzu erforderlichen Bebauungsplans zu verhindern. Stattdessen muss bei der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien und – in der Übergangszeit – auf sehr viel umweltfreundlichere*

*Die Papierfabrik Stora Enso sollte nach Ansicht der Karlsruher Grünen auf die geplante Energieerzeugung über die Verbrennung von belastetem Altholz, Restschlämmen aus der Papierherstellung und von Kohle verzichten. Stattdessen könnten die*



*Gaskraftwerke im Rheinhafen reichlich vorhandene Fernwärme sowie Erdgas als Energieträger zum Einsatz kommen. Die Stadt Karlsruhe bzw. der Gemeinderat werden aufgefordert, dies bei der Stellungnahme der Stadt im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu berücksichtigen.*

## Lauf für Kinderrechte

Das Kinderbüro der Stadt Karlsruhe lädt jedes Jahr Schulen, Vereine und Gruppen zu einem 24-Stunden-Lauf für Kinderrechte ein. Vor zwei Jahren waren wir schon mal dabei und dieses Jahr haben wir für Euch erneut die Anmeldung gewagt (zusammen mit dem Sportverein Uferlos). Keine Angst, 24h-Lauf heißt nicht, dass man 24 Stunden ununterbrochen laufen muss. Das Prinzip funktioniert so, dass man 24 Stunden Zeit hat, möglichst viele Runden auf einer Aschebahn zu erlaufen. Dabei darf

pro Team immer nur eine Person laufen oder walken. Der Lauf findet auf dem Gelände des SG Siemens vom 30.6. bis 1.7. statt. Beginn und Ende jeweils 16h.

Wer Lust hat mitzulaufen oder walken meldet sich bitte bei mir Email M.Gast@gmx.de, Tel. 9374043. Wir brauchen noch viele Laufbegeisterte, Schnelligkeit oder Ausdauer sind keine Voraussetzung. Auch sollte der Info- und Versorgungsstand ab und an besetzt sein.

Der zweite Teil der Aktion besteht aus Fundraising. Neben Spaß am Laufen und dem Event geht es auch darum, für verschiedene Karlsruher Kinderprojekte Geld zu sammeln. Auf der letzten KMV wurde der Vorschlag gemacht, dass alle, die nicht am Lauf teilnehmen, die Läufer sponsorn. Es ist natürlich keine Verpflichtung, aber wer uns unterstützen will, soll entweder zum Lauf Geld mitbringen oder auf das Grüne Konto (siehe letzte Seite) mit Verwendungszweck „24h-Lauf“ überweisen.

Aktion des KV Karlsruhe am 28.4. im Rahmen der Klimaschutzkampagne 2007

## Die GRÜNE Kampagne „Klimaschutz für alle“

Dem Aufruf des Landesverbandes, an den Klimaschutzaktionstagen vom 26.-29.4. aktiv zu werden, hatte sich auch der KV Karlsruhe angeschlossen. Gemeinsam mit der Abgeordneten Sylvia Kottling-Uhl und VertreterInnen des neu in Karlsruhe gegründeten Arbeitskreises Klima wurde am 28.4., dem Tag der erneuerbaren Energien ein Aktionsstand durchgeführt und die „Klimazeitung“ sowie die regionale Klimazeitung mit vielen Informationen rund um den grünen Klimaschutz verteilt.



Die Kampagne wird vom Bundes- und Landesverband getragen und richtet sich nicht nur an Regierende

in der Politik und Industrie, sondern an die Menschen im Land, aber auch an die Teile des Handwerks, der Wirtschaft und der Wissenschaft, die dringenden Handlungsbedarf sehen, beim Klimaschutz aber weder auf die Große Koalition in Berlin noch auf die Landesregierung setzen und bereit sind, selbst tätig zu werden. Die Grünen zeigen Handlungsmöglichkeiten auf und motivieren die Menschen, aktiv zu werden. Flankiert von der parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit wollen die Grünen so den Druck zum Handeln erhöhen.

Link: [www.gruenes-klima.de](http://www.gruenes-klima.de)

Pressemitteilung

## Polnischer Bürgerrechtsaktivist in Karlsruhe: „Haßreden gegen Schwule sind in polnischer Politik normal“

Auf Einladung der Grünen befand sich der Warschauer Bürgerrechtsaktivist Lech Uliasz von der Kampagne gegen Homophobie in Polen für mehrere Tage in Karlsruhe.

Höhepunkt war dabei eine Veranstaltung im Rahmen von „Schrill im April“ am Donnerstag, 19.4. im Café Palaver. Uliasz nahm dabei Bezug auf die Rede von Bildungsminister Roman Giertych am 1. März in Heidelberg. Laut Agenturberichten sagte Giertych, dass homosexuelle Propaganda immer jüngere Kinder erreiche. „Eine Nation, die ihre eigenen Kinder durch ein legalisiertes Verbrechen, wie die Abtreibung umbringt, ist eine Nation ohne Zukunft“. Haßreden wie diese seien in Polen im politischen Diskurs an der Tagesordnung. Austauschprogramme der EU wurden gestoppt, da befürchtet wird, dass deutsche Lesben und Schwule nach Polen kommen, die polnische Jugendliche zur Homosexualität verführen. Uliasz kritisierte in diesem Zusammenhang auch die katholische Kirche, deren Bischöfe zum Teil in das selbe Kerbholz schlagen

und ebenfalls mit Haßreden gegen Schwule und Lesben arbeiten. Besonders der katholische Radiosender Radio Maria sei extrem homophob, sowie extrem antisemitisch. Dennoch ist es der Sender, bei dem Regierungsmitglieder sehr gerne auftreten.

Des weiteren berichtete er, dass nach einer Untersuchung seines Verbandes 17% der Lesben und Schwulen schon physische Gewalt erlebt hätten und 50% psychische. Auch die CSD Feiern seien nicht immer von Gewalt verschont geblieben, aber durch Unterstützung aus dem Ausland, vor allem aus Deutschland, werden die Veranstaltungen inzwischen besser von der Polizei geschützt. Positiv konnte er anmerken, dass sich in den großen Städten immerhin so etwas wie ein normales schwul-lesbischen Leben entwickelt hat und die Gesellschaft toleranter als die Politik denkt, wenn auch so etwas wie das deutsche Lebenspartnerschaftsgesetz ein fernes Zukunftprojekt sei.

Uliasz regte auf der Veranstaltung an, dass bei Städtepartnerschaften Lesben und Schwule ausdrücklich bei Partnerschaftsaktionen eingeladen werden sollen. Dies habe in Polen schon mit dafür gesorgt, dass lesbisch-schwule Gruppen entstanden seien. Eine Anregung, die die Moderatorin und Stadträtin Doro Polle-Holl gerne aufnahm.

Der Medienkünstler Manfred Renner, stellte sein Foto-Projekt über schwules Leben in Albanien vor. Eine organisierte Szene gibt es dort kaum und Schwule sind in der Regel unsichtbar. Zusammen mit der DGB-Jugend versucht er, schwule Jugendliche und junge Erwachsene zum schwulen Sommerlager der Gewerkschaft einzuladen, allerdings werden Visa nur sehr restriktiv vergeben.

Auch Joanna Trzmielewska von Amnesty International konnte berichten, dass die Situation in vielen anderen Ländern Osteuropas ähnlich schlecht ist.

## Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion

### Neue Anträge und Anfragen

#### 24.04. Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung in Stupferich

**Pressemitteilungen** gab es außer zu den genannten Anfragen und Anträgen noch zu folgenden Themen:

#### 22.03. GRÜNE für kleine BUGA-Lösung

Die Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen im Wortlaut sind unter [www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion](http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion) zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefordert werden.

## Klimaschutz selber machen – mal anders

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wenn ihr die vielen Tipps zur CO<sub>2</sub>-Reduktion im Privatbereich nicht mehr hören könnt, weil ihr entweder eh´ schon alles richtig macht oder auf manch lieb gewonnene Gewohnheit einfach nicht verzichten wollt, dann hätten wir da noch eine ganz andere Idee:

Unterstützt uns beim Bau einer weiteren Solaranlage zugunsten des gemeinnützigen Fördervereins Sonnenhilfe e.V.!

Der Sonnenhilfe e.V. betreibt seit 2005 eine Solaranlage auf dem Dach der Hagsfelder Werkstätten. Er wurde 2004 von Grünen StadträtInnen gegründet, die einen Teil ihrer Einnahmen als AufsichtsrätInnen städtischer Gesellschaften in ein ökologisch und sozial orientiertes Projekt investieren wollten. Mittlerweile haben sich auch weitere, von den Grünen unabhängige Mitglieder dem Verein angeschlossen, was uns natürlich sehr freut.

Mit den Erträgen unterstützen wir benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien in und um Karlsruhe. So ist es uns mit unserem Projekt möglich, gleichzeitig den Klimaschutz zu fördern und einen kleinen Beitrag zur

sozialen Gerechtigkeit in unserer Stadt zu leisten.

Unsere 2-kWp-Photovoltaikanlage spart pro Jahr 1.000 kg CO<sub>2</sub>-Emissionen und erwirtschaftet einen Erlös von bisher weit über 1.000 Euro jährlich. Hinzu kommen Einzelspenden sowie die Beiträge unserer Mitglieder, was es uns in den letzten beiden Jahren ermöglichte, bereits 4 verschiedene Projekte bzw. soziale Einrichtungen in Karlsruhe und der Region mit insgesamt 5.500 Euro zu unterstützen.



Gerne würden wir die Solaranlage um ein oder zwei Module erweitern, um unser Anliegen weiter voran zu bringen und sowohl die Energieerzeugung als auch das Spendenvolumen zu vergrößern. Aus steuerlichen Gründen ist es sinnvoll, hierfür eine Kommanditgesellschaft zu gründen, die die neue Anlage betreibt und die Einnahmen der Solaranlage an den Verein Sonnenhilfe spendet.

Nun suchen wir also SponsorInnen für eine Erweiterung der Anlage über

eine Kommanditgesellschaft. Hierfür benötigen wir derzeit noch mindestens 3.000 Euro. Es wäre toll, wenn sich der eine oder die andere RundbriefleserIn zu einer finanziellen Beteiligung durchringen könnte. Auch kleine Beiträge sind natürlich willkommen!

Unabhängig davon freuen wir uns auch über jedes weitere Mitglied in unserem Förderverein. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 50 EUR jährlich.

Für Spenden oder Beiträge, die direkt zur Finanzierung der Photovoltaikanlage dienen, dürfen wir leider keine Spendenbescheinigungen ausstellen, wohl aber für Gelder, wie z.B. die Mitgliedsbeiträge, die wir zusammen mit Sonnenstromerträgen direkt an soziale Projekte geben.

Noch Fragen? Dann ruft uns einfach an (0721/6100-394) oder schreibt eine Mail an [info@sonnenhilfe.de](mailto:info@sonnenhilfe.de). Weitere Infos zu unserem Verein findet ihr unter [www.sonnenhilfe.de](http://www.sonnenhilfe.de)

Es grüßen euch vom Vorstand der Sonnenhilfe e.V.

*Klaus Stapf, Bettina Lisbach, Frank Pröbstl*

Pressemitteilung 16.05.2007

## GRÜNE stimmten Groh-Wohlfahrt-Deal nicht zu

Die BNN berichteten am 15.5.07 über eine Vereinbarung zwischen der Stadt Karlsruhe, der KMK, der zuständigen Versicherung (gegen Fehlverhalten der Geschäftsleitung der KMK - dagegen kann man sich tatsächlich versichern), dem Ex-Bür-

germeister und -KMK-Aufsichtsratsvorsitzenden Groh und dem Ex-KMK-Geschäftsführer Wohlfahrt (der gekündigt wurde und gegen Groh geklagt hatte). Durch die Veranstaltungen M.Carey, Seal und Sommernachtstraum war der KMK 2005 ein

Schaden von ca 1,3 Millionen Euro entstanden. Jetzt haben sich die Beteiligten auf eine Auszahlungs-Versicherungssumme von 350 TEuro und die Rücknahme aller Klagen geeinigt - leider alles nicht öffentlich, sodass hier nur berichtet werden kann, was

auch in den BNN stand.

„Wir legen großen Wert darauf“, so GRÜNEN-Fraktionssprecher Klaus Stapf, „klar darzulegen, dass wir den Deal in den betreffenden Entscheidungsgremien abgelehnt haben. Wir

wollen auch in diesem Fall Transparenz für die Öffentlichkeit. Dies steht für uns grundsätzlich auch über dem Schutz einzelner Politiker oder Manager. Wir bedauern, dass die Stadt Karlsruhe keinen Weg gefunden hat,

die Öffentlichkeit über die Einzelheiten des Vergleichs zu informieren. Gerade im Engagement gegen Politikverdrossenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern ist Transparenz und Offenheit besonders wichtig.“

## Ergebnis der Haushaltsberatungen aus Grüner Sicht

Mit den Ergebnissen der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2007/08 am 15. und 16. Mai im Gemeinderat können wir Grünen insgesamt nicht unzufrieden sein. Von unseren 66 Anträgen wurden 44 positiv entschieden oder haben zumindest zu einem Teilerfolg geführt, mit dem sich leben lässt. Zu zwei Drittel erfolgreiche Anträge - so was gab's auch nur näherungsweise noch nie.

Weniger glücklich sind wir mit unseren eher kleinen Erfolgen beim **Klima- und Umweltschutz**. Hier wird immer wieder deutlich, welcher geringen Stellenwert dieses Thema insbesondere bei CDU und FDP, aber auch bei der SPD hat – ganz zu schweigen von der Verwaltungsspitze. So wurde einer unserer zentralen Anträge auf Einrichtung eines Fonds zur Sanierung von Altbauten aufgrund einer Abstimmungsspanne bei der SPD (in diesem wie in einigen anderen Fällen hatten Vorgespräche stattgefunden) abgelehnt. Auch mit unserem Antrag auf eine Stelle beim Umweltamt, die sich schwerpunktmäßig dem Klimaschutz widmet, waren wir nur teilweise erfolgreich – wir wollten, dass beide freie Stellen im Umweltamt wieder besetzt werden, zugesagt wurde uns jetzt ‚nur‘ eine. Immerhin konnten wir mit einer zusätzlichen Halbtagskraft für das Waldklassenzimmer und mit einer Budgetanhebung für das Umweltzentrum BUZO punkten. Und mit der Neueinrichtung eines städtischen Tierschutzfonds haben wir ebenfalls einen Erfolg errungen.

Besonders in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur wurde viel erreicht. So haben mit Ausnahme der CDU-StadträtInnen alle Gemeinderatsmitglieder die Sanierung zahlreicher **Schulen** für 6 Mio. Euro durchgesetzt, welche die Verwaltung auf spätere Jahre verschieben wollte. Das kommt auch dem Klimaschutz zugute, denn viele Sanierungsmaß-

nahmen umfassen eine energetische Optimierung der Gebäude.

Im **Sozialbereich** wurden weitere Stellen für den Sozialen Dienst, die Eingliederungshilfe und die Schulsozialarbeit beschlossen, allerdings bleibt das Ergebnis noch hinter unseren Forderungen zurück (bei der Schulsozialarbeit 7, durchgesetzt wurden 4). Daneben wurden zusätzliche Mittel zur Gewaltprävention bei Jugendlichen beschlossen. Was die Kinderbetreuung angeht, waren wir mit unseren Anträgen auf zusätzliche Investitionen über das bisher von der Verwaltung Geplante hinaus leider nicht erfolgreich. Und auch in Sachen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund fanden nur wenige unserer Anträge eine Mehrheit. Mit unserer Forderung nach einer barrierefreien Umrüstung städtischer Gebäude konnten wir uns immerhin zu einem kleinen Teil durchsetzen.

Beim **Kulturetat** konnten dank Zusammenarbeit von Grünen, SPD, KAL und FDP wichtige Erfolge erzielt werden. Manche kleineren Theater und andere kulturelle Einrichtungen in der Stadt können jetzt von einer zusätzlichen Förderung profitieren. Auch wurden 2,5 Mio. Euro eingestellt, die Substage und Tollhaus eine günstige Entwicklung im neuen Kulturpark Ost ermöglichen. Abgelehnt wurde unser Antrag auf Einrichtung eines kulturpädagogischen Pools, der zu einer besseren Vernetzung zwischen Schulen und kulturellen Einrichtungen hätte beitragen können.

Auf wenig Unterstützung stießen unsere Anträge zum **Verkehr**. Hier hatten wir mehr Geld für den zügigen Ausbau der Radrouten gefordert und wollten stattdessen auf die ein oder andere Straßenbau- und Straßensanierungsmaßnahme verzichten. Auch unserem Antrag auf Erhöhung

der Parkgebühren war kein Erfolg beschieden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch die Haushaltsberatungen erhebliche Verbesserungen des von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurfs erreicht wurden. Immerhin werden **15 Millionen zusätzlich** eingestellt, und zwar ausschließlich für Maßnahmen, die auch wir Grünen befürworten. Zum Vergleich: Beim letzten Doppelhaushalt hat der Gemeinderat gerade mal 3 Millionen bewegt. Deshalb sind die diesjährigen Haushaltsberatungen auch in der Verwaltung eine kleine Sensation und ein Denkkzettel für den OB. Wie diese 15 Millionen allerdings finanziert werden, steht noch nicht fest. Denn wir Grünen haben als einzige Fraktion auch Anträge mit Deckungsvorschlägen eingebracht. Denen wollte der Gemeinderat aber erwartungsgemäß nicht folgen, und so lässt sich die Deckungslücke nur über zusätzliche Kredite finanzieren, die z. T. später durch überplanmäßige Gewerbesteuererinnahmen getilgt werden könnten.

Interessant war, dass sich je nach Anliegen unterschiedliche Unterstützungsmehrheiten zusammen fanden. Allerdings wurden die meisten Erfolge dann doch über die „strukturelle Mehrheit“ von Grünen, SPD, KAL und den Einzelstadträten der Linken und der ÖDP (zusammen 25 von 49 Stimmen) erreicht. Am Ende bleibt für uns vor allem der Wermutstropfen, dass wir in Sachen Klimaschutz gerne deutlich mehr erreicht hätten. Aber schon in einem halben Jahr stehen ja die Beratungen zum Nachtragshaushalt an. Der kommt wegen Wildparkstadion und - hoffentlich - BUGA sicher. Wir bleiben also dran!

Gerne und jederzeit könnt ihr euch mit Fragen, Kritik und Anregungen an uns wenden. Ein Rundbrief-Artikel kann der räumlichen Begrenzung wegen nicht alle Themen behandeln

und regt vielleicht sogar zum Nachfragen an – etwa zum Thema Verschuldung, politischer Gesamtbewertung, Mehrheiten oder zu den Grünen Schwerpunkten. Wir stehen gerne für Diskussionen zur Verfügung!

PS: Für die InsiderInnen noch eine Liste mit Einrichtungen, Inis u. ä., die

wir erfolgreich unterstützt haben: Umweltzentrum, Orgelfabrik, VHS, Bad. Kunstverein, Lit. Gesellschaft, BiZuKi, IBZ, Diak. Werk (Hausaufgabenbetreuung, Regenbogen-Gruppe, Straßensozialarbeit), Seniorenbüro Durlach, HWK, SozPädal, Eine-Stadt-Bringt-Was-Ins-Rollen, Ikarus, Frauenhaus, Verein für Jugendhilfe,

Frühe Prävention, Kinderschutzbund, Tempel, Tollhaus, Substage mit eigenen Anträgen - dazu haben wir mit unseren Stimmen Anträgen für Uni-Orchester, Marotte, Mikado, Stadtbibliothek, Werkstatt, Jüd. Synagoge und Caritas zu Mehrheiten verholten.

*Bettina Lisbach und Klaus Stapf*

## Radfahren in der Innenstadt: Phantom „Kombi-Lösung“ verhindert Verbesserungen

In seiner April-Sitzung befasste sich der Gemeinderat mit einem Antrag der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion, der den forcierten radgerechten Ausbau der Karlsruher Innenstadt forderte. Konkret bezog sich unsere Forderung auf die Kriegsstraße im zentralen Abschnitt zwischen Mendelssohnplatz und Karlstor, die Karl-Friedrich-Straße und Ettlinger Straße, die Karlstraße zwischen Amalien- und Stephanienstraße sowie den Knoten Mühlburger Tor.

Die zentralen Achsen unserer Stadt werden seit Jahren in dieser Hinsicht vernachlässigt - und daran soll sich nach dem Willen der Verwaltung so schnell nichts ändern, auch nicht nachdem der Gemeinderat das 20-Punkte-Programm für den Radverkehr einstimmig verabschiedet hat. „Eins nach dem andern“ lautet sinngemäß die behäbige Antwort des Bürgermeisteramtes auf den GRÜNEN-Vorstoß, wobei die Stadtverwaltung auf laufende Maßnahmen wie z. B. den Ausbau der Radrouten und das Sofortprogramm zur Ent-

schärfung von Unfallschwerpunkten verweist. Damit sieht sie sich bereits ausreichend beschäftigt. Eine gefährliche Ignoranz: In Karlsruhe stieg in den zurückliegenden Monaten die Zahl der bei Unfällen schwer verletzten Radler/innen drastisch an - ohne klar erkennbaren Grund. Die bisherigen Unfallschwerpunkte können diesen außergewöhnlichen Anstieg nicht erklären. Zum einen wurden diese teilweise entschärft, zum anderen traten die Unfälle nicht gehäuft an bestimmten Stellen auf, sondern über das Stadtgebiet verteilt. Spielt der möglicherweise wieder wachsende Anteil des Radverkehrs an der Gesamtverkehrsleistung eine Rolle? Das würde heißen: Es wird endlich mehr Rad gefahren. Das ist gut - würde aber auch erklären, warum der Anstieg der Unfallzahlen nicht an bestimmten Unfallhäufungspunkten festzumachen ist. Umso wichtiger ist es, unsere Stadt nicht nur punktuell radtauglich zu machen, sondern möglichst schnell alle „weißen Flecken“ von der Radkarte Karlsruhes

zu tilgen. Das gilt natürlich besonders für die Hauptverkehrsachsen.

Was steckt aber hinter der phlegmatischen Haltung des Bürgermeisteramtes und des Gemeinderates, der sich nur zum Verweis in das beratende, aber nicht beschließende Radlerforum entschließen konnte? Wie so oft: Das Phantom Kombi-Lösung! Diese blockiert nun schon seit Jahren die Weiterentwicklung unserer Stadt in städtebaulicher und nahverkehrlicher Hinsicht. Nun wird eben auch noch der Radverkehr ihr Opfer. Nichts, was durch die „Kombi-Lösung“ irgendwann einmal berührt werden würde, darf heuer eine Veränderung erfahren. Daran ändert sich auch nichts, wenn Ferrichs Tunnel vielleicht gar nicht kommen, die eventuelle Umsetzung mindestens ein Jahrzehnt verbrauchen würde und die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs demgegenüber finanztechnische Marginalien darstellen.

*Tim Wirth*

Pressemitteilung 09.05.2007

## Laxer Umgang mit Altlasten in Karlsruher Kleingärten

Die Grüne Gemeinderatsfraktion äußert sich besorgt über die Altlastensituation in verschiedenen Karlsruher Kleingartenanlagen. Eine Anfrage der Grünen im Gemeinderat zu diesem Thema hatte ergeben, dass in verschiedenen Kleingärten auf Karlsruher Gemarkung eine gärtnerische Nutzung nur mit Einschränkungen zulässig ist.

So sei beispielsweise die Grundwassernutzung in einigen Kleingärten an der Stuttgarter Straße verboten. Das Wasser ist dort teilweise so stark be-

lastet, dass sogar von Teerflocken im geförderten Brunnenwasser berichtet wird. Doch wurden die Brunnen mangels einer alternativen Wasserversorgung bisher nicht zurückgebaut. Den Kleingartenpächtern bleibt keine Wahl: Sie müssen mit dem belasteten Grundwasser aus den dortigen Brunnen gießen, wenn sie ihre Gärten weiter bewirtschaften wollen. Die Anfrage der Grünen ergab, dass für die Verlegung einer provisorischen Wasserleitung nur 6000 bis 7000 Euro aufgebracht wer-

den müssten. Doch weigere sich der Verpächter, die Deutsche Bahn AG, Abteilung Landwirtschaft, beharrlich, dieses Geld zu investieren. Als „hochgradig unverantwortlich“ bezeichnet Stadträtin Bettina Lisbach diese Zustände. „Wir werden uns deshalb in dieser Angelegenheit auch noch in einem offenen Brief direkt an die DB AG wenden.“

Neben der Deutschen Bahn sieht Lisbach aber auch die Stadt in der Pflicht: „Viel zu lange wurde tatenlos zugehört, wie hier fahrlässig die

Gesundheit der Kleingärtnerinnen und -gärtner gefährdet wird. Es hat den Anschein, als seien die Gespräche und Verhandlungen seitens der Stadt erst wieder aufgenommen worden, nachdem wir vor einigen Monaten mit unseren Recherchen begonnen haben - und das, obwohl die Probleme spätestens seit Beginn der 90-er Jahre bekannt sind.“

Auch in anderen Kleingartenanlagen auf Karlsruher Gemarkung gibt es Probleme mit Altlasten, berichten die Grünen. Eine Nutzung sei teilweise nur mit deutlichen Einschränkungen möglich. So heißt es in der Antwort der Stadtverwaltung, dass in den Kleingartenanlagen ‚Rennichwiesen‘, ‚Elfmorgenbruch‘ und ‚Durlacher Allee‘ zwar kein Anbauverbot erteilt werden müssen. Doch wurden

für diese Gärten Handlungsempfehlungen mit zum Teil erheblichen Nutzungsbeschränkungen ausgesprochen.

So sollten Kinder auf manchen Flächen keinen direkten Bodenkontakt haben. Und auch das Umgraben des Oberbodens sei nicht überall möglich. Obst und Gemüse müssen in manchen Gärten vor Spritzwasser geschützt und vor dem Verzehr besonders gründlich gereinigt werden. „Wer einen eigenen Garten hat, weiß, dass solche Empfehlungen völlig unrealistisch sind“ kommentiert Lisbach die Antwort der Stadtverwaltung. „Welche Familie mit Kleinkindern kann denn verhindern, dass die Kinder im Garten auf dem Boden spielen?“ Auch halten es die Grünen für völlig inakzeptabel, dass Obst

und Gemüse aus dem eigenen Garten mit mehr Vorsicht zu genießen sei, als konventionell erzeugte Nahrungsmittel aus dem Supermarkt. Die Grünen bezweifeln zudem, dass alle betroffenen Kleingärtnerinnen und Kleingärtner ausreichend über die Altlastenprobleme auf ihren Parzellen informiert sind. „Sonst wäre da sicher schon mehr passiert“, ist sich Lisbach sicher.

Dass, wie die Stadtverwaltung in ihrer Antwort ausführt, in der Kleingartenanlage ‚Rennichwiesen‘ nun Teile des belasteten Bodenmaterials ausgetauscht werden sollen, begrüßen die Grünen. „Warum aber eineinhalb Jahrzehnte ins Land gehen mussten, bis mit dieser dringenden Maßnahme nun endlich begonnen wird, ist uns unbegreiflich“.

Pressemitteilung 15.05.2007

## Offener Brief - Neonazis in Karlsruhe unerwünscht

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Vorfälle um die Mahnwache der Neo-Nazis am 8. Mai auf dem Turmberg haben bei einigen Bürgerinnen und Bürgern den fatalen Eindruck erweckt, die Demonstrationsrechte von Neo-Nazis seien in unserer Stadt gegenüber denen von Nazi-Gegnern prioritär.

Dazu gehört nicht nur die Grundkonstellation – nämlich Mahnwache der Neo-Nazis erlaubt, Gegendemonstration verboten, Mahnwache der Neo-Nazis von starken Polizeikräften bewacht, Teilnehmer der Gegendemonstration wie Terroristen schon im Vorfeld abgefangen, unter anderem dadurch, dass vermeintliche Gegendemonstranten und –demonstrantinnen (offenbar mit körperlicher Einwirkung) von der Polizei aus öffentlichen Verkehrsmitteln hinaus genötigt wurden. Eine politische Verhältnismäßigkeit ist bei der angewandten Strategie der Polizei ebenfalls nicht mehr zu erkennen gewesen.

Wir erinnern an die beiden Resolutionen des Karlsruher Gemeinderats gegen neo-nazistische Aktivitäten in Karlsruhe, verabschiedet in den Jahren 2000 und 2006. In 2006 haben Sie aus diesem Anlass vor dem Gemeinderat erklärt: „Wie am vergangenen Wochenende versuchen den

Neo-Nazis zuzurechnende Gruppen nicht regelmäßig, aber immer wieder, ihre politisch motivierten öffentlichen Auftritte in unserer Stadt zu organisieren. So wie die Polizei dieses am Wochenende verhindert hat, wollen auch wir, der Gemeinderat, diesen Bestrebungen mit aller Kraft entgegenzutreten ....Wir, die politisch Verantwortlichen für unsere Stadt, wollen heute mit dem vorliegenden Aufruf unsere Stimme erheben und deutlich machen, dass Neo-Nazis in unserer Stadt .... unerwünscht sind.“

Dieser Aufruf, der vom Gemeinderat einstimmig unterstützt wurde, schließt mit den Worten:

„Wir unterstützen alle friedlichen Aktivitäten, die sich dagegen richten, dass unsere Stadt, auch bekannt als Residenz des Rechts, zum Aufmarschgebiet rassistischer Hetze wird. Und die dazu beitragen, den Willen der Bürger/innen unserer Stadt zum Ausdruck zu bringen: IN KARLSRUHE SIND RASSISTEN, SIND NEO-NAZIS UNERWÜNSCHT.“

Die Ereignisse im Umfeld der Mahnwache der Neo-Nazis am 8. Mai auf dem Turmberg lassen vermuten, dass es an einigen Stellen an der Entschlossenheit gegen Nazi-Aufmärsche gemangelt hat, an der Entschlossenheit, wie sie in den Aufruf

fen des Gemeinderats vom Jahre 2000 und 2006 zum Ausdruck kommt. Wir wissen, Herr Oberbürgermeister, dass Ihnen diese Entschlossenheit nicht fehlt.

Es sollte in Zukunft in unserer Stadt nicht mehr möglich sein, dem 8. Mai - dem Tag der bedingungslosen Kapitulation eines verbrecherischen deutschen Regimes, einem Tag der Befreiung Tausender von Verfolgten, Gefolterten und Misshandelten, einem Tag des Aufbruchs in Freiheit und Demokratie, - einen revanchistischen und rassistischen Stempel aufzudrücken.

Wir bitten Sie deshalb, die Vorläufe und Entscheidungen zu überprüfen, die dazu geführt haben, dass am 8. Mai 2007 auf dem Turmberg Neo-Nazis, von der Polizei bewacht, ihre Hohngesänge auf Freiheit und Menschenwürde zelebrieren konnten, während Anti-Faschisten/innen und Demokraten/innen einer Behandlung ausgesetzt wurden, als gelte es, deren politische Haltung von Staats wegen auch unter Körpereinsatz zu bekämpfen.

Wir werden Sie, wenn gewünscht, in jeder uns möglichen Form unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Stapf



Gisela Splett

## Aus der Landtagsfraktion

# Schulleitungen für Paradigmenwechsel bei Schulstruktur

Eine klare Mehrheit aller Grund- und Hauptschulleitungen aus dem Kreis Ravensburg und dem Bodenseekreis fordert eine Abkehr von dem bei uns im Land praktizierten, weltweit einzigartigen Sonderweg der frühen Trennung unserer Kinder nach der vierten Klasse in drei Schultypen. Die gesamte Landespresse hat darüber berichtet.

Den Offenen Brief vom 30.4.07 der 96 Schulleiter gibt es auf Renates

Homepage zum anklicken. Die Grüne Landtagsfraktion hat sofort reagiert, der Druck für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems kommt nun endlich auch sehr massiv von "unten". Fraktionsvorsitzender Kretschmann und Renate Rastätter als bildungspolitische Sprecherin haben einen Brief geschrieben, der an die Schulleitungen aller 1200 Grund- und Hauptschulen des Landes ging, um zu verdeutlichen, dass wir die Forderungen unterstützen.

08.05.07 Rastätter: Weiterentwicklung der Schulstruktur darf nicht mehr länger vom Kultusminister blo-

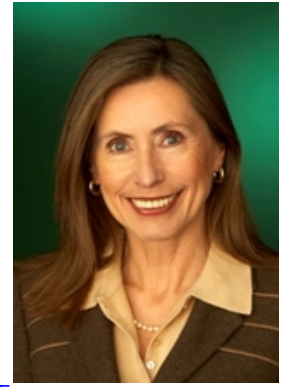
ckiert werden

[www.bawue.-gruene-fraktion.de/cms/](http://www.bawue.-gruene-fraktion.de/cms/)

[default/dok/182/182096.gruene\\_unterstuetzen\\_forderungen\\_nach\\_ei.htm](http://default/dok/182/182096.gruene_unterstuetzen_forderungen_nach_ei.htm)

10.05.07 Renate Rastätter: Disziplinarische Maßnahmen gegen Schulleiter sind „obrigkeitsstaatlich und autoritär“

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/182/182539.gruene\\_debatte\\_um\\_dreigliedriges\\_schulsy.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/182/182539.gruene_debatte_um_dreigliedriges_schulsy.htm)



Renate Rastätter

## Respekt und Solidarität für Initiative der Rektoren

In einem Offenen Brief an Kultusminister Rau haben rund 100 Schulleiterinnen und Schulleiter aus dem Kreis Ravensburg und dem Bodenseekreis einen Paradigmenwechsel in der Schulstrukturpolitik angemahnt. Die praktizierenden Schulleiter haben gefordert, dass die frühe Trennung der Kinder nach nur vier gemeinsamen Schuljahren aufgegeben wird und die Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam unterrichtet werden.

Die beiden grünen Karlsruher Landtagsabgeordneten Renate Rastätter und Gisela Splett und begrüßen diese mutige und konsequente Initiative. „Der Vorstoß der Schulleiter kommt genau zur richtigen Zeit. Denn überall gärt es an der Basis. Diese Schulleiterinnen und Schulleitern haben seit vielen Jahren engagiert daran gearbeitet, Innovationen in der Hauptschule umzusetzen, um ihren Schülerinnen und Schülern Bildungserfolg und persönliche und berufliche Chancen zu ermöglichen. Wenn diese Schulpraktiker nun in einer umfassenden Analyse darstellen, dass die Selektionsstruktur in unserem Schulsystem seit vielen Jahren

die Hauptschule trotz vieler pädagogischer Innovationen zu einem Auslaufmodell gemacht hat, dann ist das überzeugend und glaubwürdig.“

Wir freuen uns darüber, dass die mutigen Schulleiterinnen und Schulleiter derzeit aus dem ganzen Land Zustimmung und Unterstützung von Lehrern, Wissenschaftlern und Eltern erhalten. Denn die Schulleiter verdienen nicht nur Respekt, sondern auch breite Unterstützung. Die grüne Landtagsfraktion hat in den letzten Tagen ein Schreiben an alle Hauptschulrektorinnen und Rektoren im Lande geschrieben und Ihnen den Offenen Brief der südwürttembergischen Schulleiter zugeschickt. Wir hoffen auf weitere Unterstützung, auch aus Karlsruhe.

„Gerade die Entwicklung in Karlsruhe zeigt, dass die Abstimmung mit den Füßen – weg von der Hauptschule hin zu Schulformen mit höherwertigen Abschlüssen – Realschule und Gymnasium – immer schneller und dramatischer verläuft. „Wenn inzwischen 52 % der Schülerinnen und Schüler in Karlsruhe das Gymnasium, aber nur noch 22 % der

Schüler in Karlsruhe die „Haupt“schule besuchen, dann wird doch offensichtlich, dass das aus dem vorletzten Jahrhundert stammende Schulsystem einer dringenden Reform bedarf“, so Renate Rastätter, die bildungspolitische Sprecherin der Landtagsgrünen. „Auch in Karlsruhe sind deshalb Debatten über die Weiterentwicklung der Schulstruktur notwendig, auch dazu wollen wir mit unserem Offenen Brief beitragen“, so Rastätter und Splett.

Mit einer parlamentarischen Initiative im Landtag wollen die Grünen darüber hinaus verhindern, dass die Diskussion abgewürgt wird. „Wer sich jeglicher Veränderung verweigert, die sich immer drängender aus demografischer, wissenschaftlicher und internationaler Entwicklung ergibt, und selbst die Debatte darüber mit disziplinarischen Maßnahmen austreten will, handelt nicht im Interesse der Kinder. Minister Rau muss sich nicht wundern, wenn es an der Basis gärt. Von Dialog reden und über Selbstständigkeit von Schulen reden ist das eine, es zu praktizieren offensichtlich aber nicht erwünscht.“

## Oettinger und die Vergangenheitsbewältigung

Landespolitisch stand der April im Zeichen der Auseinandersetzung um die verfehlte Rede von Günther Oettinger bei der Trauerfeier für Hans Filbinger am 11. April. Die Äußerung, Filbinger sei kein Nationalsozialist, sondern vielmehr ein Gegner des Nazi-Regimes gewesen, hat der Ministerpräsident in letzter Sekunde und nur auf Druck von außen und von oben zurückgenommen. Was zurückbleibt ist der schale Geschmack, dass weder der erzwungene Rücktritt von Hans Filbinger Ende

der 70-er, noch seine Rolle im Nationalsozialismus jemals von der hiesigen CDU kritisch reflektiert und aufgearbeitet wurde. Unbeantwortet ist bislang die Frage, was das Geschichtsverständnis vieler CDU-Vertreter insbesondere über die Zeit der NS-Diktatur ist. Sowohl die ursprünglich zustimmenden Äußerungen zur Oettingerschen Rede aus der Wagenburg der Südwest-CDU, als auch die geplanten Veranstaltungen aus den Reihen der Jungweikersheimer unterstreichen die Dringlichkeit die-

ser Frage. Bis zuletzt bewies der Ministerpräsident ein erstaunliches Gespür für „politische Fettnäpfe“. Als neue persönliche Referentin hatte sich der Ministerpräsident ausge-rechnet ein Mitglied der Weikersheimer ausgesucht. Diese wird ihre Stelle allerdings nach Bekanntwerden ihrer Mitgliedschaft nicht mehr antreten.

Plenarprotokoll vom 25.04.07 (Seite 5 -14)

[www3.landtag-bw.de/Wp14/Plp/14\\_0023\\_25042007.pdf](http://www3.landtag-bw.de/Wp14/Plp/14_0023_25042007.pdf)

## „Hexenjagd“ auf Waldmaikäfer im Hardtwald

In diesem Jahr mit einer turnusgemäßen starken Maikäferpopulation hat die Landesregierung wie auch schon in vergangenen Maikäferjahren ein „Horrorzenario“ aufgebaut, das suggeriert, dass der Hardtwald nur mit einem Insektizideinsatz zu retten sei. Für uns Grüne war der unspezifische Insektizideinsatz nie ein probates Mittel.

Kurz vor Start der diesjährigen Spritzaktion stieß das Thema auch bei der Presse auf großes Interesse. Dabei ging es um fachliche Argumente, aber auch um die Frage nach Maikäferrezepten. In einem "Kontra-Beitrag", der Aussagen des Ministers Peter Hauk gegenüber gestellt wurde, hatte Gisela Splett Gelegenheit, ihre Position in den BNN darzustellen:

„Das Ökosystem Wald kommt auch ohne Gifteinsatz mit der Maikäferpopulation zurecht. Die Alteichen sind weder durch die Maikäfer noch durch die Engerlinge gefährdet. Und

auch für Jungbäume stellen die Engerlinge nur einen Risikofaktor neben anderen wie z.B. Wildverbiss dar. Dem naturnahen Waldbau gelingt die Naturverjüngung trotz Maikäfern und deren Population wird auch ohne Pestizideinsatz irgendwann zusammenbrechen. Die von den Giftbefürwortern angeführte angebliche massive Gefährdung der Wälder stellt ein vollkommen überzogenes Horrorzenario dar. Aus Naturschutzsicht ist der Pestizideinsatz eindeutig abzulehnen, da das eingesetzte Mittel unspezifisch auf alle Insekten wirkt und auch für Vögel und Fledermäuse giftig ist. Frühere Begleituntersuchungen kamen u. a. zu dem Schluss, dass die Einsätze Auswirkungen auf Fledermauspopulationen weit über die Grenzen der Wälder hinaus zeitigen könnten. Deshalb haben sich alle Naturschutzverbände deutlich gegen den Pestizideinsatz ausgesprochen. Von den Argumenten gegen Gift haben sich auch die Gemeinderäte in Karlsruhe, Stuten-

see, Weingarten, Eggenstein-Leopoldshafen und Linkenheim-Hochstetten überzeugen lassen. Mit dem Pestizideinsatz auf ihren Gemarkungen setzt sich die Forstverwaltung über ihren Willen hinweg. Auch mögliche Alternativen wurden nicht gründlich geprüft. Wenn die Forstverwaltung behauptet, der Beauveria-Pilz sei im Hardtwald wirkungslos, dann tut sie dies ohne dass ältere Versuche hierzu überhaupt weiter beobachtet wurden. Die Sperrung der Wälder für die Begiftung zeigt, dass der Einsatz ein massiver Eingriff und das Mittel auch für Menschen giftig ist.“

In einem offenen Brief haben sich Ute Vogt, Johannes Stober, Renate Rastätter und Gisela Splett gemeinsam gegen den Pestizideinsatz positioniert:

[www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/Hauk\\_Pestizide\\_Wald\\_maikaefer\\_Stober-Vogt-Rastaetter-Splett\\_2\\_.pdf](http://www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/Hauk_Pestizide_Wald_maikaefer_Stober-Vogt-Rastaetter-Splett_2_.pdf)

## Variantenentscheidung für Rückhalteraum: Regierungspräsidium hat die Ökologie untergeordnet

Am 7. Mai hat der Regierungspräsident in Anwesenheit mehrerer Landtagsabgeordneter verkündet, dass dem Planfeststellungsverfahren für den Rückhalteraum Bellenkopf/Rappenwört die Poldervariante zugrunde gelegt wird. Die Grünen bedauern diese Entscheidung und sehen darin eine Abkehr von der Zielsetzung des

Integrierten Rheinprogramms, Ökologie und Hochwasserschutz gleichrangig zu verfolgen.

Die Entscheidung des Regierungspräsidiums stieß auch in der SPD-Landtagsfraktion und bei den Naturschutzverbänden auf heftige Kritik.

08.05.07 Splett: Variantenentscheidung für den Rückhalteraum Bellenkopf/Rappenwört stellt Naturschutz hintan

[www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-IRP3.pdf](http://www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-IRP3.pdf)

Pressemitteilung des Regierungspräsidiums vom 07.05.07

[www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1205810/index.htm](http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1205810/index.htm)

Pressemitteilung der Umweltverbände vom 08.05.07

[baden-wuerttemberg.nabu.de/modules/presseservice\\_baden\\_wuerttemberg/index.php?show=224](http://baden-wuerttemberg.nabu.de/modules/presseservice_baden_wuerttemberg/index.php?show=224)

## Neue Anträge und Anfragen

Fortschreibung des **Umweltplans**

[www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14\\_1289.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_1289.html)

**Ozonbelastung**

[www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14\\_1262.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_1262.html)

**Mikrochips statt Ohrmarken** - Tier-schutzgerechte und sichere Kennzeichnung von Rindern

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_1167.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1167.html)

„**Global Marshall Plan**“-Initiative in Baden-Württemberg

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_1201.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1201.html)

## Pressemitteilungen

16.05.07 Grüne: Ausbau der **Schulsozialarbeit** an allen Schularten ist vordringlich

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/183/183282.gruene\\_ausbau\\_der\\_schulsozialarbeit\\_an\\_a.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/183/183282.gruene_ausbau_der_schulsozialarbeit_an_a.htm)

Schüler haben einen Anspruch auf fitte Lehrer“

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/182/182986.gruene\\_lehnen\\_streichung\\_der\\_altersermae.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/182/182986.gruene_lehnen_streichung_der_altersermae.htm)

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/181/181576.gruene\\_kritisieren\\_ankuendigungspolitik.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/181/181576.gruene_kritisieren_ankuendigungspolitik.htm)

15.05.07 Grüne zu **Französischpflicht** am Oberrhein: Nach dem Scheitern aller parlamentarischen Initiativen bleibt nur noch die Elternklage

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/183/183164.gruene\\_zu\\_franzoesischpflicht\\_am\\_oberrhein.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/183/183164.gruene_zu_franzoesischpflicht_am_oberrhein.htm)

07.05.07 Gisela Splett kritisiert Landesregierung: „Ziele in der **Umweltpolitik** verfehlt“

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/181/181929.landesregierung\\_konterkariert\\_eigene\\_umw.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/181/181929.landesregierung_konterkariert_eigene_umw.htm)

30.04.07 Splett: **Entsorgung** von Elektro- und Elektronik-Altgeräten muss noch verbessert werden

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/181/181201.splett\\_entorgung\\_von\\_elektro\\_und\\_elektr.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/181/181201.splett_entorgung_von_elektro_und_elektr.htm)

14.05.07 Grüne werfen Regierung Versäumnisse beim Schutz des **Auerhuhns** vor

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/182/182991.gruene\\_werfen\\_regierung\\_versaemnisse\\_be.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/182/182991.gruene_werfen_regierung_versaemnisse_be.htm)

04.05.07 Grüne: **Herkunftssprachen** der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund müssen endlich in das reguläre Schulangebot integriert werden

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/181/181721.landesregierung\\_lehnt\\_staatliche\\_verantw.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/181/181721.landesregierung_lehnt_staatliche_verantw.htm)

25.04.07 FDP geschlossen gegen Wahlfreiheit bei der ersten **Pflichtfremdsprache**

[www.gruene-karlsruhe.de/kreisverband-karlsruhe/mt/lt/pressemitteilungen-renate-rastaetter.html](http://www.gruene-karlsruhe.de/kreisverband-karlsruhe/mt/lt/pressemitteilungen-renate-rastaetter.html)

14.05.07 Grüne lehnen Streichung der **Altersermäßigung** ab „Auch

03.05.07 MdL Gisela Splett: „Senkung des **Flächenverbrauchs** wird nur mit wirksamen Instrumenten gelingen“

24.04.07 Chance vertan: **Biosphärenplanung** der Landesregierung bestenfalls „Biosphäre light“

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/180/180617.chance\\_vertan\\_biosphaere\\_light.htm](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/180/180617.chance_vertan_biosphaere_light.htm)

## Termine

### Naturschutzverwaltung unter Druck

Öffentliche Anhörung der GRÜNEN im Landtag zur Situation der Naturschutzverwaltung in Baden-Württemberg

25.06.07 von 11 bis ca. 14 Uhr im Landtag

Hinweis: Alle **Drucksachen und Pressemitteilungen** können auch im Büro von Gisela Splett angefordert werden unter Telefon: 0711/ 2063-966



## MdB Sylvia Kotting-Uhl

**Wahlkreisbüro Karlsruhe**, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe  
Mitarbeiterin: Ulrike Maier, Tel.: 0721 – 15 18 687, Fax: 0721 – 15 18 690  
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

**Büro Berlin**, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42  
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

### PRESSEMITTEILUNG VOM 10.05.2007

## Mit Verpackungsverordnung Biokunststoffe fördern

Anlässlich der Bundestagsdebatte zur Novelle der Verpackungsverordnung am heutigen Abend erklärt Sylvia Kotting-Uhl, Karlsruher Abgeordnete und umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Der Umweltminister verpasst bei der Novellierung der Verpackungsverordnung gerade eine große Chance, Abfallpolitik und Klimaschutz gleichzeitig zu betreiben. Anstatt eines neuen „Reförmchens“ am bestehenden Abfallsystem wäre es an der Zeit, dieses grundlegend zu erneuern. Der vorgelegte Referentenent-

wurf lässt hier jede umweltpolitische Phantasie vermissen.

Bei der Reform der Verpackungsverordnung bestünde die Chance, Biokunststoffe aus nachwachsenden Rohstoffen zu fördern und so einen weiteren Schritt aus der Abhängigkeit vom Erdöl zu tun. Dazu müssen biologisch abbaubare Verpackungen aus nachwachsenden Rohstoffen gegenüber umweltkritischen Verpackungen privilegiert werden, um Anreize zu einer breiteren Verwendung klimaneutraler Materialien zu schaffen.

Das ist nicht nur aus ökologischen Erwägungen ein Gebot der Zeit. Auch aus ökonomischen Gründen darf Deutschland und Europa die Herausbildung dieser Zukunftsbranche nicht weiter verschlafen. Die USA und Japan haben sich bei der stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen als Alternativen zum Erdöl bereits einen deutlichen Vorsprung geschaffen, den es einzuholen gilt. Ein denkfaules „Weiter so“ in der Abfallpolitik darf es deshalb nicht geben.

### PRESSEARTIKEL BNN VOM 02.05.2007

#### Besuch der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl im KV Bruchsal:

## „Grüne streiten über Tornadoeinsatz“

Bruchsal. Mit großer Mehrheit sprach sich die Kreismitgliederversammlung der Grünen für eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) aus, bei der grundsätzlich über die Strategie der Partei im Falle von Kriegseinsätzen der Bundeswehr beraten werden soll. Alternativ könnte die auf den Dezember terminierte BDK einige Wochen früher über die Bühne laufen – in jedem Fall aber, so die Forderung der Mitgliederversammlung in Bruchsal, müsste die Bundeskonferenz vor der Entscheidung des Bundestages über eine mögliche Verlängerung des ISAF-Mandates der Bundeswehr in Afghanistan stattfinden.

Der Bundestag wiederum wird aller Voraussicht nach im Oktober oder November über die deutsche Beteili-

gung an der „Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe“ (ISAF) beraten. Dass die Entscheidung, wie überhaupt die Diskussion über Kriegseinsätze der Bundeswehr, bei den Grünen für einigen Zündstoff sorgt, wurde auch bei der Kreismitgliederversammlung deutlich. Dort erläuterten die beiden Bundestagsabgeordneten Uschi Eid – sie stimmte unlängst für den Aufklärungseinsatz deutscher Tornados in Afghanistan – und Sylvia Kotting-Uhl – sie stimmte dagegen – ihre jeweiligen Positionen. Und dabei ging es vor allem auch um grundsätzliche Ansichten, die sich am Ende kaum unter einen Hut bringen lassen werden.

Ihre „grundsätzliche Ablehnung“ gegen Kriegseinsätze, gegen „Kriege, bei denen nur das archaische Recht

des Stärkeren gilt“ machte Sylvia Kotting-Uhl unmissverständlich klar. „Alles, was uns in der Demokratie wichtig ist, wird im Falle eines Krieges ausgehebelt.“ Natürlich sind wir alle gegen Krieg, erwiderte Uschi Eid, um dann aber sofort ein dickes „Aber“ in den Raum zu werfen: Die Welt sei aber nun mal nicht so, wie sie die Grünen gerne hätten. Ihre Entscheidungen, und das gelte auch für die Zustimmung zum „Tornadoeinsatz“, treffe sie aufgrund inhaltlicher Überlegungen. Im Mittelpunkt standen für sie eben „bündispolitische Überlegungen, um die Glaubwürdigkeit Deutschlands bei den (verärgerten) Bündnispartnern wieder herzustellen“.

Bleibt die Frage, und die wurde nicht nur von Sylvia Kotting-Uhl ein ums

andere Mal gestellt, wo eigentlich konkret der (militärische) Bündnisfall vorliege. Sämtliche Kriegsziele seien nicht erreicht worden – „gegen einen Feind, der nicht greifbar ist, gegen Terrorismus, der seit dem Krieg nur schlimmer wurde“.

Immerhin einig waren sich die beiden Politikerinnen über einen „dringend notwendigen Strategiewechsel in Afghanistan“. Nur unter welchen Vorzeichen? Uschi Eid erhofft sich durch den Tornadoeinsatz mehr Einflussnahme der Deutschen auf die „inter-

nationale Afghanistan-Politik“. Diese Einschätzung indes teilte Sylvia Kotting-Uhl in keinster Weise. (Klaus Müller, BNN)

**PRESSEMITTEILUNG VOM 25.04.2007**

**Kritik an EnBW-Chef Utz Claassen**

Zum Vorschlag des EnBW-Chefs Utz Claassen in der morgigen Ausgabe des Magazins Stern, längere AKW-Laufzeiten gegen einen Forschungsfonds für regenerative und effiziente Energiesysteme einzutauschen erklärt die Karlsruher Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen:

Herr Claassen hat offenbar Orientierungsprobleme. Sein Interview im Stern erscheint nicht am 1. April, sondern am 26. April. Der 26. April sollte für die Betreiber von AKWs nicht der Tag schlechter Scherze sondern der Tag der Demut sein: Schließlich kostete diese Technologie vor 21 Jahren in und um Tschernobyl tausende von Menschenleben.

Bei akuten Orientierungsproblemen helfen oft Positionen weiter, die man in klareren Zeiten eingenommen hat. Herr Claassen empfehlen wir z.B. folgende: „Die Industrie kann nicht Planungssicherheit verlangen und dann in Frage stellen, was sie selbst mit verhandelt, vereinbart und unterschrieben hat“ (Utz Claassen in der Financial Times Deutschland am 14. März 2005)

Wir empfehlen Herrn Claassen:

1. Bevor sie eine neue Vereinbarung vorschlagen: beweisen Sie erst einmal Ihre Zuverlässigkeit und halten Sie sich an den bestehenden Vertrag.
2. Gehen Sie davon aus, dass das AKW Neckarwestheim - wie vertrag-

lich vereinbart - im nächsten Jahr vom Netz gehen wird. Atomkraft ist unwiederbringlich eine Technologie der Vergangenheit.

3. Denken Sie unternehmerisch verantwortlich und investieren Sie in die Energien, denen die Zukunft gehört. Wir wollen doch nicht, dass die EnBW in einigen Jahren eine ähnlich traurige Figur abgibt, wie heute die hiesige Automobilindustrie, nachdem sie bemerkt hat, dass sie das falsche Pferd gesattelt hat.

4. Auch ohne Laufzeitverlängerung schwimmt die EnBW im Geld. Kommen Sie Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nach und investieren Sie viel Kapital in den Ausbau und die Verbesserung der Erneuerbaren Energien.

**PRESSEMITTEILUNG VOM 25.04.2007**

**Atomlobbyismus der CDU schadet auch dem Klima**

Anlässlich des Jahrestags der Atomkatastrophe von Tschernobyl am 26.4. erklärt Sylvia Kotting-Uhl, Karlsruher Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/ Die Grünen und umweltpolitische Sprecherin ihrer Fraktion:

Vor 21 Jahren fielen in Tschernobyl Tausende dem Glauben an die Beherrschbarkeit der Atomenergie zum Opfer. Seitdem will die Mehrheit der Deutschen aus deren Nutzung aussteigen. Vor 10 Monaten stand nun auch das schwedische AKW Forsmark nur Minuten vor einem GAU durch Kernschmelze. Die Atomkraft bleibt eine katastrophenträchtige Fehlentwicklung.

Trotz aller schlechten Erfahrungen macht sich die baden-württembergische CDU-Landesregierung unver-

drossen zur Lobbyistin der Atomkonzerne. Bis zur Peinlichkeit kämpfen Oettinger & Co. dafür, die vertraglich 2007/2008 vorgesehene Stilllegung der AKWs Biblis A und Neckarwestheim I zu verhindern.

Die Pro-Atomenergie-Argumente der CDU sind dabei beliebig und je nach Zeitgeist austauschbar. Und immer sind sie falsch. Seit Tschernobyl trägt die Atomkraft das Stigma einer potentiell mörderischen Energie. Man müsse sie trotzdem einsetzen, so argumentieren ihre Apologeten aus der CDU, weil sie wenigstens ohne CO2 auskomme.

Falsch. Erst gestern wieder belegte eine neue Studie des Öko-Instituts, dass Atomenergie keinesfalls CO2-neutral ist. Allein bei der Urangewinnung werden Mengen an Treibhaus-

gas freigesetzt, die nicht nur die Emissionen der Wind-, Wasser- oder Bioenergieproduktion bei weitem übersteigen, sondern selbst jene aus Erdgas-Blockheizkraftwerken. Weil AKW nur zur Stromproduktion nicht aber zu Kraft-Wärmekopplung taugen, verschlechtert sich die CO2-Bilanz der AKWs nochmals drastisch, wenn man nicht nur den Strom-, sondern den Wärmebedarf der Gesellschaft einbezieht.

Wenn die CDU-Landesregierung sich wirklich zum Anwalt der Umwelt und eines guten Lebens der Bürgerinnen und Bürger machen will, dann muss sie den Atomlobbyismus von gestern endlich überwinden und den beschlossenen Atomausstieg akzeptieren.

# GRÜNE KONTAKTE

Deutsche Post 

Entgelt bezahlt  
76133 Karlsruhe 11

## BUNDESTAGSABGEORDNETE:

**MdB Sylvia Kotting-Uhl** (siehe Bundestags-Seiten)

## LANDTAGSABGEORDNETE:

**Renate Rastätter**, Lenzstraße 10, 76137 KA

Tel. 81 25 66, Fax 98 12 70 1

Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de

Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**

Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

**Dr. Gisela Splett**,

Breslauer Str. 43D, 76139 KA, Tel. 96 87 18 6

Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de

Mitarbeiter: **Alexander Geiger**

Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 966, Mo-Mi 9 –16 h

## REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

**Henrik Becker** (*Fraktionssprecher*), Brühlstr. 3, 76646

Bruchsal, Tel. 07257 / 90 24 87, mail@henrik-becker.de

## BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

**Dieter Emig** und **Gabi Schiller**

Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5, Fax: 29 15 6

Mo- Do 9 -13, Fr 9 -12 Uhr, gruene@fraktion.karlsruhe.de

## GEMEINDERATSMITGLIEDER:

**Klaus Stapf** (*Fraktionssprecher*) (Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt), Amthausstr. 22, 76227 KA  
Tel.: geschäftl. 40 94 -296, privat 40 32 35

**Bettina Lisbach** (*stellvertretende Fraktionssprecherin*) (Gesundheit, Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen, Verkehr) Amthausstr. 33, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 18 45 7

**Michael Borner** (Soziales, Wohnen)

Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 12 05 291

**Dr. Dorothea Polle-Holl** (Frauen, Jugend, Soziales, Schule) Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

**Andreas Ruthardt** (Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen) Friedrichstr. 67, 76229 KA, Tel. 48 20 38

**Ute Schulze-Harzer** (Kultur, Wirtschaft / Arbeit)

Westmarkstr. 59a, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 40 213

**Anne Segor** (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)

Lebrechtstr. 28 76199 Karlsruhe Tel. 88 34 20

**Tim Wirth** (Bauen, Verkehr, Soziales)

Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

## ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

**Winnie Kratzmeier-Fürst**

Badenerstr. 43B 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

**Ralf Köster**, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

**Dietmar Maier** Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

**Dr. Heike Puzicha-Martz**, Hildebrandstr. 31a, Tel. 49 43 98

**Dr. Ulrich Wagner**, Lörracherstr. 4, 76227 KA, Tel. 40 15 40

## ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

**Karl Berger**, Durlacher Str. 62 · 76229 KA · Tel. 48 17 20

**Birgit Hauswirth-Metzger**, Im Jäger 19,76229,Tel 55 41 24

**Alexandra Knöbl**, Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

## ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

**Klaus Junker**, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,  
Anschriftenberichtigungskarte senden an:  
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe

## GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN: (zur Zeit leider ohne Geschäftsführung)

Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe

Tel. 20 31 23 2 · Fax 20 31 23 4

buero.karlsruhe@gruene.de www.gruene-karlsruhe.de

Sprechzeiten Mi 19 -20 Uhr

## BANKVERBINDUNG:

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67  
GLS Gemeinschaftsbank eG

## KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19 Uhr im Grünen Büro

**Markus Ryll**, Ebertstr. 20, 76137 KA, Tel. 8 20 05 46

**Michael Gast** (Verkehr, Städtebau und Migration),  
Karlst. 93, 76137 KA, Tel. 9 37 40 43

**Sabine Just-Höpfinger** (Umweltschutz, erneuerbare Energien, Anti-AKW), Am Sixenrain 7, 76199 KA, Tel. 88 60 44

**Tanja Kluth** (Migration, Frauen, Arbeit, Tierschutz),  
Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 0170-1618435

**Thomas Krause** (Kassierer), Welschneureuter Str. 23,  
76149 KA, Tel. 78 14 82

## Arbeitskreise:

**AK Frauen:** Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

**AK Klima:** Harald Löffel, Tel. 62 38 54 7

**AK Lesben und Schwule:** Michael Gast, Tel. 9 37 40 43

**AK Verkehr:** Tim Wirth Tel. 82 65 70, Joh. Honné Tel. 856436

## Grüne Jugend:

sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

**Anna-Kathrin Wesolowski**, Adalbert-Stifter-Str. 2, 76199 KA

**Lars Kirchberg**, Reinmuthstr. 8, 76187 KA, Tel. 5 31 60 32

## ORTSVEREIN Durlach:

**Martin Pötzsche**, Bleichstr. 13, 76227 KA, Tel. 49 16 52

**Tanja Kluth**, Reichenbachstr.12 ,76227 KA, Tel. 49 22 74

**Dr. Hildegund Brandenburg**, Badenerstr. 21, Tel. 42 89 8

**Gerhard Stolz** (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

## ORTSVEREIN Neureut:

**Klaus Junker**, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

## ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

**Matthias Voigt**, Seewiesenackerw. 57, 76199,Tel. 9890361

**Uschi Blombach**, Seewiesenackerw. 31,76199,Tel. 8302281

## Eva-Elisabeth Herold

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA, Tel. 88 34 01

<b>Herausgeber</b>	Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt
<b>Redaktion</b>	Johannes Honné
<b>Druck</b>	Maier Typo & Litho GmbH, Karlsruhe
<b>Auflage</b>	260 Exemplare

Gedruckt auf *Umweltpapier*  
Titelbild by *Tanja Saini*